

Zeit zu handeln – Pflegekollaps droht sofort

(Hannover) Die Pflege steht unmittelbar vor dem Kollaps – gut ein Drittel der Pflegenden in Deutschland erwägen immer öfter den Ausstieg aus dem Beruf und knapp die Hälfte der Berufsgruppe würden eigene Angehörige und Freunde nicht im eigenen Arbeitsbereich versorgen lassen. Das sind nur zwei Ergebnisse von vielen, die aus einer Befragung des Deutschen Berufsverbandes für Pflegeberufe hervorgehen.

Als Auslöser für die schlechte Verfassung der Pflege in Deutschland gelten die unzureichende Personalausstattung, Dauerstress, schlechte Bezahlung und Dumpinglöhne, physisch und psychisch krank machende Arbeitsbedingungen, steigende Patientenzahlen bei gleichzeitig sinkender Verweildauer und schlechtes Image der Pflegeberufe in allen Sektoren der pflegerischen Versorgung.

Während das Image der Pflegeberufe in den Keller rauscht, steigt bei Marktforschern die Erkenntnis, dass gerade Berufe des Gesundheits- und Sozialwesens gute Beschäftigungsperspektiven in einer älter werdenden Gesellschaft bieten. Dennoch wurden z.B. in der Gesundheits- und Krankenpflege bundesweit zwischen 1999 und 2007 rund 13% der Ausbildungsplätze abgebaut. In der Altenpflege wird es zunehmend schwieriger, überhaupt ausbildungswillige Betriebe zu finden. Zudem sinkt in den kommenden Jahren die Anzahl der Absolventen allgemeinbildender Schulen und damit die Zahl derer, die sich für einen der Pflegeberufe interessieren könnten.

Die Arbeitsbedingungen in den Pflegeberufen sind traditionell durch besondere Belastungen, wie 24-Stunden-Betreuung oder physisch und psychisch schwere Arbeit, gekennzeichnet. Die Belastungsfaktoren sind in Folge der Ökonomisierung des Gesundheitssektors bei gleichzeitigem Mehraufwand und Abbau von Stellen enorm angewachsen. Der Krankenstand in den Pflegeberufen liegt allgemein deutlich über dem Bundesdurchschnitt anderer Berufsgruppen.

In der aktuellen Krisensituation bleibt es unverständlich, warum Ausbildung zur Sache einiger williger Betriebe werden soll. Die freiwillige Ausbildungsselbstverpflichtung im Gesundheitswesen ist gescheitert. Vor allem die privaten Krankenhausketten haben sich aus dem Ausbildungsgeschehen überwiegend verabschiedet und Ausbildungsplätze in der Gesundheits- und Krankenpflege abgebaut. In der Altenpflegeausbildung hat sich die Freie Ambulante Pflege ebenfalls praktisch ganz aus dem Ausbildungsgeschehen zurückgezogen.

Zunehmend können Ausbildungsplätze der Altenpflege nicht vergeben werden, weil die Praxisorte fehlen. Nachdem 2003 das Bundesverfassungsgericht die Umlagefinanzierung als verfassungskonform erklärt hat, hätte längst das unter § 25 AltPflG vorgesehene Ausgleichsverfahren wieder greifen müssen. Allerdings sehen wir grundsätzlich diese Form der Erstqualifizierung an höheren Berufsfachschulen verortet und nicht, wie z.B. derzeit in der Gesundheits- und Krankenpflege üblich, an besonderen Schulen des Gesundheitswesens und der Angliederung an Krankenhäuser.

Die Pflegeausbildung soll generalistisch ausgerichtet werden - so sieht es auch die aktuelle Bundesregierung vor, die im Koalitionsvertrag die Absicht für eine Zusammenführung der Pflegeausbildungen in einem Berufsgesetz formuliert hat. Angesichts der intellektuellen Herausforderungen und der Komplexität vieler Pflegesituationen muss aber eine Akademisierung der Pflegefachberufe bereits in der Erstqualifizierung zum Beruf gefördert werden.

Was Pflegende jetzt brauchen, ist die Unterstützung der Landesregierung – und dabei geht es nicht darum, dass die Berufsgruppe gebauchpinselt werden möchte, sondern es geht um die Menschen, die Pflege in Anspruch nehmen müssen. Die Forderungen, die Pflegende dabei an die Öffentlichkeit richten, lassen eigentlich kaum Widerspruch zu:

- Pflege darf nicht krank machen – weder die Berufsangehörigen noch die Pflegeempfänger
- Pflege muss ein Beruf sein, von dem es sich leben lässt
- Pflege muss ein Beruf sein, der Entwicklungsperspektiven beinhaltet.
- Pflege muss ein Beruf sein, für den sich junge Menschen begeistern können.

Dafür möge sich die Landesregierung und die Ministerin einsetzen.

Kontakt:

Burkhardt Zieger
Referent für öffentliche Kommunikation
Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe
DBfK Nordwest
Lister Kirchweg 45
30163 Hannover
zieger@dbfk.de
Tel.: 0511/696844-171
Fax: 0511/696844-176
Mobil: 0176/229 559 43
www.dbfk.de
www.good-care.de